

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Regierung einverstanden mit Revision der Bankenverordnung

Der Regierungsrat stimmt der vom Bund vorgeschlagenen Änderung der Bankenverordnung zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Finanzdepartement festhält. Die Änderung sieht vor, dass Betriebssparkassen in der heutigen Form nicht mehr zugelassen werden. Solche Depositenkassen stellen für Arbeitnehmende, die Einlagen vornehmen, ein grosses Risiko dar. Die Einleger verfügen in einem Konkurs bzw. einer Nachlassstundung einer solchen Kasse lediglich über eine Drittklassforderung. Zudem unterstehen diese Kassen nicht der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommission. Im Weiteren werden mit der Veränderungsänderung die Finanzierungsmöglichkeiten für Vorhaben von Vereinen, Stiftungen und Genossenschaften, die nicht im Finanzbereich tätig sind, verbessert. Die Regierung befürwortet auch diese Änderung, da durch die vorgesehenen Einschränkungen eine Missbrauchsgefahr weitestgehend minimiert werden kann.

Regierung stimmt Anhebung der Streitwertgrenze bei Konsumentenstreitigkeiten zu

Für konsumentenrechtliche Streitigkeiten soll für das einfache und rasche Verfahren neu eine Streitwertgrenze von 20'000 Franken gelten. Nachdem die Lebenshaltungskosten seit Erlass der entsprechenden Bundesverordnung im Jahr 1987 um rund 35% gestiegen sind, die Kaufkraft sogar noch stärker zugenommen hat und anzunehmen ist, dass diese Entwicklung weiter anhält, erscheint der bisher massgebliche Streitwert von 8'000 Franken nicht mehr adäquat. Der Regierungsrat befürwortet diese Anpassung des Streitwertes für das beschleunigte, kostengünstigere Verfahren, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement festhält.

Regierung stimmt Ostschweizer Zusammenarbeitsvereinbarung bei Verfolgung von Widerhandlungen gegen Spielbankengesetzgebung zu

Die Ostschweizer Kantone haben mit der Eidgenössischen Spielbankenkommission eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Widerhandlungen gegen die eidgenössische Spielbankengesetzgebung ausgearbeitet. Die Strafverfolgung selbst ist grundsätzlich eine Bundesaufgabe. Um die Strafverfolgung sicherzustellen, will die Eidgenössische Spielbankenkommission jedoch mit den Kantonen zusammenarbeiten. Die Vereinbarung sieht vor, für die Strafverfolgung im Auftrag des Bundes in den Ostschweizer Kantonen einen Untersuchungsbeamten einzusetzen. Der Bund trägt sämtliche Kosten. Als besonderer Untersuchungsbeamter soll ein Untersuchungsrichter des Kantons St. Gallen amten.

Der Regierungsrat stimmt der Vereinbarung zu. Sie liegt im Interesse Schaffhausens als Standort eines Spielcasinos. Die Vereinbarung stellt sicher, dass die Strafverfolgung von besonderen Untersuchungsbeamten in geografischer Nähe erfolgt, ohne dass dem Kanton Schaffhausen Kosten für die Erfüllung der Bundesaufgabe in dieser Form erwachsen.

Schulung fremdsprachiger Kinder

Der Regierungsrat hat vom 12. Bericht des Sonderschulinspektors und Beauftragten für die Schulung fremdsprachiger Kinder und Jugendlicher Kenntnis genommen. Er beinhaltet umfassende statistische Angaben zu den Deutsch-Intensivklassen an der Volksschule und im Berufsbildungszentrum (BBZ) und zum Deutsch-Stützunterricht sowie zur Kostenentwicklung in beiden Bereichen. Die Gesamtkosten haben sich 2001 gegenüber dem Vorjahr um rund 92'000 Franken auf neu 1,245 Mio. Franken erhöht. Der Kantonsanteil beträgt im Jahr 2001 rund 540'000 Franken.

Die Zahl der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler an den Sonderklassen und der Realschule hat weiter zugenommen, während deren Zahl an der Sekundarschule markant abgenommen hat. Die Schülerzahl in den Deutsch-Intensivklassen hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Es werden fünf Deutsch-Intensivklassen mit total 78 Schülerinnen und Schülern geführt. Deutlich zugenommen hat im vergangenen Jahr die Schülerzahl im Deutsch-

Stützunterricht. Im Jahr 2001 besuchten 512 fremdsprachige Schülerinnen und Schüler den Deutsch-Stützunterricht, 2000 lag die Zahl bei 363 Schülerinnen und Schülern. Der Anteil der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl im Kanton Schaffhausen ist ganz leicht angestiegen. Er beträgt neu 23,45 Prozent. Weiterhin klar die grösste Gruppe unter den fremdsprachigen Kindern - nämlich 48 Prozent - kommt aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von Italien und der Türkei.

Michael Hoff neuer Departementssekretär

Der Regierungsrat hat lic. iur. Michael Hoff, Schaffhausen, auf den 1. Januar 2003 zum neuen Departementssekretär des Baudepartementes gewählt. Michael Hoff ist 39 Jahre alt und bisher im Rechtsdienst des Baudepartementes tätig. Er tritt die Nachfolge des auf Ende Jahr zurücktretenden August Hafner an.

Alfred Meyer neuer Turninspektor

Der Regierungsrat hat Alfred Meyer, Löhningen, auf den 1. Februar 2003 als neuen Verantwortlichen für den Schulsport im Kanton Schaffhausen und als Turninspektor gewählt.

Schaffhausen, 27. August 2002, Staatskanzlei Schaffhausen